



die tageszeitung

Ausgabe Berlin Sonnabend/Sonntag, 17./18. Mai 1997

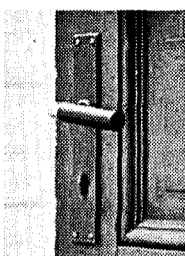
Postfach 610229, 10923 Berlin / 19. Jahrgang, Nr. 5229, 20. Woche

DM 2,00 ös 23 LUF 49



Wohliges Plätschern

Was Ungarn von den türkischen Besatzern blieb, besitzt heilende Wirkung: Thermalbäder Reise Seite 18



Heimliches Wissen

Was vom Bernsteinzimmer blieb, lagert seit Jahren in Berlin: Schau'n Sie hinter diese Tür Wahrheit Seite 24



Heidnisches Feiern

Was den Ost-Kids vom DDR-Atheismus blieb, erregt Christdemokraten: die Jugendweihe Inland Seite 5

Mobutu geht, Zaire atmet auf

Der Diktator tritt ab und flieht. Die Armeeführung will Kinshasa kampflos den Rebellen überlassen

Berlin (taz) – Die Ära Mobutu in Zaire ist zu Ende. Der Präsident hat gestern die Amtsgeschäfte aufgegeben und die Hauptstadt Kinshasa verlassen. Zuvor hatte die zairische Armeeführung ihm bedeutet, sie werde nicht mehr versuchen, Kinshasa gegen die anrückenden Rebellen der Allianz demokratischer Kräfte für die Befreiung von Kongo/Ex-Zaire (AFDL) zu verteidigen.

Während die Armee die im Osten der Hauptstadt aufgebauten Verteidigungsstellungen räumte, flog der Präsident in sein Geburtsdorf Gbadolite im hohen Norden Zaires – eine von serbischen Söldnern bewachte Insel im von den Rebellen kontrollierten Gebiet. Dort besitzt er einen Urwaldpalast. In Kinshasa gab dann Informationsminister Kinkiey Mulumba Mobutus Amtsverzicht bekannt.

Mobutu wäre aber nicht Mobutu, hätte er dem Geschehen nicht noch eine eigene Wendung gegeben: Er wolle die Staatsgeschäfte abgeben, aber dem Titel nach „Präsident“ bleiben. Interimspräsident werde der Premierminister sein, General Likulia Bolongo.

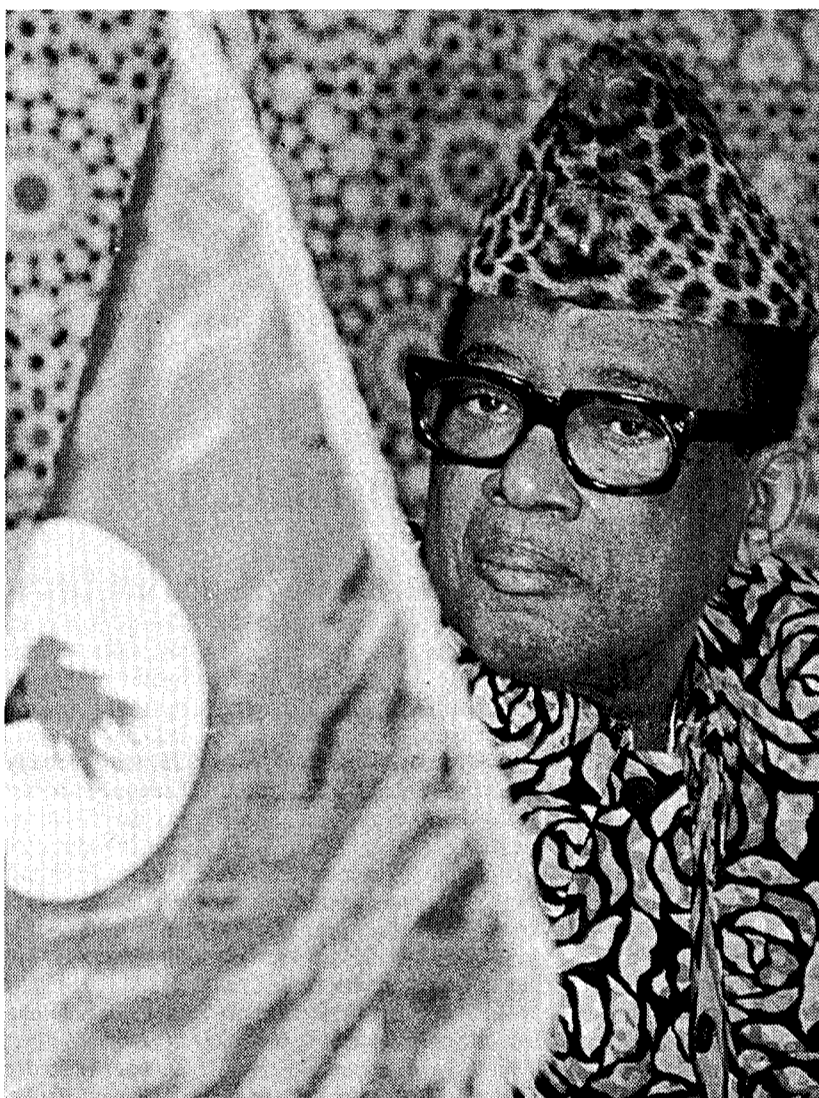
Bei Gesprächen in Kapstadt am Donnerstag hatten sich Südafrikas Präsident Nelson Mandela und Kabila geeinigt, Mobutu eine Frist bis Montag zu geben, um auf Mandelas jüngste Vorschläge zu antworten. Danach sollte Mobutu zurücktreten und die Macht einer Übergangsregierung „aus Kabilas Allianz und anderen politischen Kräften in Zaire“ übertragen. Neuer Präsident wäre der Führer der größten Kraft in dieser Regierung – also vermutlich Kabila. Die Übergangsregierung

solle innerhalb eines „vernünftigen Zeitraums“ freie Wahlen organisieren. Mobutus Übertragung der Macht an einen Interimspräsidenten widerspricht diesem Vorschlag.

Kinshasa steht nun dennoch den Rebellen der AFDL offen. Mobutus Generäle haben die Waffen gestreckt – sicherlich in der Hoffnung, von Kabila angemessen belohnt zu werden. Die einzige bisher kämpfende Truppe der Streitkräfte, die Präsidialgarde, ist führungslos: Ihr Chef General Nzimbi Ngbale verschwand gestern in einem Schnellboot über den Kongo-Fluß in das Nachbarland Kongo. Am Rand von Kinshasa begannen Gespräche zwischen hochrangigen Armeevertretern und Rebellen über einen friedlichen Einzug der AFDL.

Mobutus Abgang ist für Laurent-Désiré Kabila die Krönung seines Siegeszuges – einer der erstaunlichsten Militärfeldzüge der Geschichte. Am Sonntag ist es genau sieben Monate her, daß in einem kleinen ostzairischen Dorf die AFDL als Bündnis kleiner Exilparteien und Rebellen der Banyamulenge-Tutsi gegründet wurde, mit Kabila als „Sprecher“. Niemand glaubte damals, daß sie Mobutu wirklich gefährlich werden könnte. Aber die zairische Diktatur ist wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Nun steht Kabila vor der schwierigen Aufgabe, die immensen Erwartungen der 40 Millionen Zairer auf Freiheit und vor allem auf Wiederaufbau des Landes zu erfüllen.

Der todkranke Mobutu denkt derweil schon an andere Welten. Offenbar in Erwartung eines Einmarsches von Tutsi-Sol-



Leopard zieht Schwanz ein: Ex-Diktator Mobutu am Ende der Fahnenstange Foto: AP

daten der AFDL in Gbadolite verfügte er die Einäscherung der Leiche seines Freundes und früheren ruandischen Präsidenten Habyarimana, in dessen letzten Herrschaftsjahren in Ruanda 1994 der Völkermord an den Tutsi vorbereitet worden war und der in Gbadolite begraben liegt.

Gerüchten zufolge wird Mobutu aus Gbadolite ins Exil reisen – nach Marokko, mit dessen König Hassan II. er befreundet ist, oder nach Frankreich, wo er über be-

trächtliches Immobilieneigentum verfügt. Die Schweiz, wo sich dem Vernehmen nach Mobutus Bankkonten befinden, fällt wohl aus: Die Schweizer Regierung beschlagnahmte gestern auf Antrag der unter Rebellenkontrolle stehenden zairischen Staatsanwaltschaft Mobutus „Villa les Mignettes“ in Savigny bei Lausanne, ein 30-Zimmer-Prachtbau im Wert von vier Millionen Mark. **Dominic Johnson** Reportage Seite 2

Ein Etappensieg

Vergewaltigung in der Ehe ist strafbar – und nun?

Endlich! Der Bundestag hat mit großer Mehrheit das Strafrecht geändert. Vergewaltigungen werden nun in allen Fällen als das geahndet, was sie sind – Vergewaltigungen. Egal, ob das Opfer die Ehefrau, die Stieftochter, eine Kneipenbekanntschaft oder eine nächtliche Spaziergängerin im Park ist.

Aus heutiger Sicht erscheint es unglücklich, daß das deutsche Strafgesetzbuch 125 Jahre lang das Delikt der „ehelichen Vergewaltigung“ nicht anerkannte. 1871 erschien das allen beteiligten Juristen nur logisch: Eine eheliche Vergewaltigung konnte es nicht geben, denn jede Ehefrau gab qua Ehe-

Kommentar

vertrag ihrem Gatten das uneingeschränkte Recht auf „Beischlaf“ – wie gewaltsam auch immer. Mit dem gleichen Argument galten zuvor auch Prostituierte als „nicht vergewaltigbar“, hatten sie doch vertraglich ihren Körper zur Verfügung gestellt, für was auch immer. Erst 1968 kamen Strafrechtsreformer auf die Idee, auch eine Ehefrau könnte ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung haben. Doch wichtiger als der Schutz der Ehefrau wog – für weitere drei Jahrzehnte – der Schutz der Ehe. Das abstruse Argument: Wenn die Polizei gegen einen ehelichen Vergewaltiger ermittelt, gefährde sie dessen Ehe.

Jetzt feiern wir die überfällige Änderung des Strafrechts, die juristische Anerkennung der „ehelichen Vergewaltigung“, und damit einen Etappensieg der Frauenbewegung. Aber was kommt nach dem Fest? Die Mühen der Ebene: Bisher zeigte nur eine verschwindend kleine Anzahl von Ehefrauen ihren angetrauten Vergewaltiger an. Rechtsanwältinnen wagen nicht vorauszusagen, ob die Zahl der Anzeigen steigen wird, wenn das Verbrechen in der Ehe nicht länger als „Körperverletzung“ oder „Nötigung“ abgetan wird. Und selbst wenn die Zahl der Anzeigen steigt, bedarf es bei Polizei und Staatsanwaltschaft des Willens und der Kapazität, die Delikte auch zu verfolgen.

Noch aus einem anderen Grund bleibt nach der Freude über den Bundestagsbeschluss ein schaler Beigeschmack. Wir freuen uns, daß ein Delikt als solches anerkannt wird – und vergessen ganz, daß damit das Delikt noch längst nicht aus der Welt ist. Männergewalt läßt sich mit Hilfe von Paragraphen vielleicht bestrafen, aber verhindern? **Barbara Debus** Bericht Seite 4

Fotos oben (v. l. n. r.): Hans Alm, Andreas Bartels, TILL

Überraschung: Waigel sucht neue Milliarden

Finanzminister muß weitere 20 Milliarden Mark aufbringen. Dafür muß er neben T-Aktien-Verkauf und Goldneubewertung noch mehr sparen. Wo, verrät er nicht

Berlin (taz/AFP/dpa/AP) – Das kam überraschend. Finanzminister Theo Waigel (CSU) mußte gestern zugeben, daß die 9,1 Milliarden Steuerausfall nicht die ganze Hiobsbotschaft für dieses Jahr sind: Dazu kommen noch einmal bis zu 20 Milliarden an Mehraufwendungen für Arbeitslose. CSU-Landesgruppenchef Michael Glos kündigte umgehend einen Nachtragshaushalt für die fehlenden 30 Milliarden an. Damit ist er schneller als der Bundeskanzler. Helmut Kohl sagte gestern im Bundestag, zunächst müsse „sehr sorgfältig“ erwogen werden, wie die Löcher zu stopfen seien, dann erst werde man über einen Nachtragshaushalt entscheiden.

Finanzminister Waigel kündigte an, durch den umstrittenen Verkauf von Telekom-Aktien, durch die Neubewertung der Goldreserven der Bundesbank sowie

durch weitere Einsparungen das Haushaltsloch zu füllen. Wo genau gespart werden solle, mochte auch er nicht sagen.

Während Unionsfraktionschef Wolfgang Schäuble (CDU) dieses Jahr die Steuern nicht mehr erhöhen will, zweifelt der grüne Finanzpolitiker Oswald Metzger an Schäubles Aussage. Trotz der angekündigten Maßnahmen würde am Ende eine Lücke von 10 bis 15 Milliarden Mark bleiben, sagte Metzger im taz-Interview; dieser Fehlbetrag könne „sicher nicht ohne eine Steuererhöhung beseitigt werden“. Angesichts der geplanten Senkung des Solidarbeitrages ab 1998 würden weitere acht Milliarden fehlen. In diesem Fall müsse Waigel mehr Kredite aufnehmen, als das Grundgesetz erlaube.

Der Bundesrat lehnte gestern die geplante Senkung des Solidarbeitrages von

7,5 auf 5,5 Prozent ab. Ohne Aussprache stimmte die SPD-Mehrheit gegen den Steuerreformentwurf der Bundesregierung. Die Koalition will aber die Soli-Senkung als Einzelgesetz beschließen. Dazu braucht sie die Zustimmung des Bundesrates nicht. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ingrid Matthäus-Maier, verlangte Waigels Rücktritt. Mit dem Verkauf von Telekom-Aktien löse der Finanzminister an der Börse eine Glaubwürdigkeitskrise und damit Kursverluste aus. Die FDP will offenbar keinen offenen Koalitionsstreit riskieren. Vor der Presse lehnten Fraktionsvorsitzender Solms und Parteichef Gerhard Steuererhöhungen ab. Doch zur Koalitionsfrage wollen sie es nicht hochspielen.

urb Seiten 2 und 3, Kommentar Seite 10

taz heute

Wirtschaft und Umwelt

Kantinen: Die Kohlroulade am Ende Seite 7

Ausland

Südafrika: Eklat zwischen Nationaler Partei und Wahrheitskommission Seite 9

Leibesübungen

Tennis: Steffi Graf's bittere Niederlage Seite 12

Kultur

Freischwebende Raumkapseln: Das Architektenkollektiv Archigram Seite 13

Medien

Zehn Gebote vom Herausgeber: Das Westfalen-Blatt läuft Amok Seite 16

